Deutscher Bundestag **Drucksache 16/522**

16. Wahlperiode 03. 02. 2006

Fragen

für die Fragestunde der 15. Sitzung des Deutschen Bundestages am Mittwoch, dem 8. Februar 2006

Verzeichnis der Fragenden

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz

1. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

   Wie viele Biogasanlagen sind in Deutschland seit dem Jahr 2002 gebaut worden, und wie viele von diesen seit 2002 gebauten Anlagen sind mit öffentlichen Mitteln gefördert worden?

2. Abgeordnete **Dr. Gesine Lötzsch** (DIE LINKE.)

   Plant die Bundesregierung Veränderungen bei den Bestimmungen zur energetischen Verwertung von landwirtschaftlichen Produkten, und wenn ja, welche?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

3. Abgeordneter **Rainder Steenblock** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

   Stimmt die Bundesregierung der Aussage des Bundesministers der Verteidigung, Dr. Franz Josef Jung, zu, nach der die Bundeswehr zur Terrorabwehr nicht nur im Luftraum, sondern auch in deutschen Hoheitsgewässern eingesetzt werden soll (Handelsblatt, 17. Januar 2006), und wenn ja, aus welchen Gründen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend

4. Abgeordnete **Ekin Deligöz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

   Bis wann wird die Bundesregierung genaue Konzepte und Planungen zum Ausbau des Kinderzuschlags vorlegen?*)

---

*) Siehe hierzu auch Frage 39.

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

5. Abgeordneter
Jörg Rohde
(FDP)

Unterliegen Behinderte, die in Behindertenwerkstätten beschäftigt sind, der Umlagepflicht U2 (U2 – Erstattung der Aufwendungen bei Schwangerschaft und Mutterschaft), und werden Behinderte somit als reguläre Arbeitnehmer behandelt, wenn sie in einer Behindertenwerkstatt tätig sind?

6. Abgeordneter
Jörg Rohde
(FDP)

Wie bewertet die Bundesregierung den Umstand, dass, im Falle einer Umlagepflicht auch für Behinderte, Behindertenwerkstätten finanziell belastet werden, da im Pflegesatz für die U2-Umlage keine Position vorgesehen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung

7. Abgeordneter
Patrick Döring
(FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, dass der Vorschrift des § 41 Kraftfahrgesetz-Durchführungsverordnung (KDV), welche zur Umsetzung der Richtlinie 2001/85/EG in nationales Recht angepasst wurde, hinsichtlich der den Durchgang in eine Richtung versperrenden Bügel im Fahrerbereich von Omnibussen in Deutschland auf unterschiedliche Weise nachgekommen wird?

8. Abgeordneter
Patrick Döring
(FDP)

Wie bewertet die Bundesregierung die Notwendigkeit unter dem Aspekt der Sicherheit von Fahrgästen, insbesondere der Sicherheit von Kindern, auf diese Sperrbügel zu verzichten bzw. sie zu entfernen?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit

9. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Ankündigung des Energiekonzerns EnBW, eine Laufzeitverlängerung für das Kernkraftwerk Neckarwestheim I zu beantragen?

10. Abgeordnete **Sylvia Kotting-Uhl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Trifft es zu, dass für eine Laufzeitverlängerung des Kernkraftwerks Neckarwestheim I Strommengen von neueren Kernkraftwerken mit höheren Sicherheitsstandards übertragen werden müssten?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Bildung und Forschung

11. Abgeordnete **Cornelia Hirsch** (DIE LINKE.)

Wie viele Förderanträge für das neue Ausbildungsstrukturprogramm „Jobstarter“ des Bundesministeriums für Bildung und Forschung liegen mit welchen Finanzvolumina beim Bundesinstitut für Berufsbildung bisher vor?

12. Abgeordnete **Cornelia Hirsch** (DIE LINKE.)

Wie positioniert sich die Bundesregierung zu dem von der KfW-Bankengruppe geplanten Studienkredit?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales

13. Abgeordneter **Dr. Heinrich L. Kolb** (FDP)

Wie hoch beziffert die Bundesregierung die jährlichen Steigerungen des Bundeszuschusses gemäß § 213 Abs. 1 bis 4 des Sechsten Buches Sozialgesetzbuch – SGB VI – (allgemeiner sowie zusätzlicher Bundeszuschuss und Erhöhungsbetrag zum zusätzlichen Bundeszuschuss) zur gesetzlichen Rentenversicherung prozentual und in absoluten Zahlen in den Jahren 2006 bis 2010, und wie soll sich die geplante

Aussetzung der Dynamisierung der Zuweisungen aus dem Bundeshaushalt an die Rentenversicherung auswirken?

14. Abgeordneter **Dr. Heinrich L. Kolb** (FDP)

Wie hoch beziffert die Bundesregierung für den Zeitraum von 2005 bis 2009 die aufgrund der Nichtanwendung des Nachhaltigkeitsfaktors und des Korrekturfaktors gemäß § 68 Abs. 6 SGB VI ausfallenden Rentenkürzungen prozentual im Sinne einer negativen Rentenanpassung und in absoluten Ausgaben der gesetzlichen Rentenversicherung, und werden diese ausgefallenen Rentenkürzungen mit der Einführung eines „Nachholfaktors“ ab 2010 noch für künftige Rentenanpassungen berücksichtigt werden?

15. Abgeordneter **Heinz-Peter Haustein** (FDP)

Bei wie vielen Unternehmen kam es am 27. Januar 2006 zu Abbuchungen von Sozialversicherungsbeiträgen, obwohl diese eine „Nullmeldung“ abgegeben hatten, um von der Sechstelregelung des § 119 Abs. 2 des Vierten Buches Sozialgesetzbuch (SGB IV) Gebrauch zu machen und im Januar 2006 keinen zusätzlichen Monatsbeitrag zu leisten, und auf welche Gesamtsumme addieren sich diese abgebuchten Beiträge?

16. Abgeordneter **Heinz-Peter Haustein** (FDP)

Bei welchen Krankenkassen ist es zu solchen Abbuchungen der Sozialversicherungsbeiträge trotz der Nullmeldungen gekommen, und inwieweit wurden diese trotz der Inanspruchnahme der Sechstelregelung des § 119 Abs. 2 SGB IV abgebuchten Beträge wieder an die Unternehmen zurückgezahlt?

17. Abgeordneter **Lutz Heilmann** (DIE LINKE.)

Wie viele Obdachlose sind in diesem Winter bereits erfroren, und in welchem Ausmaß ist im Vergleich zum entsprechenden Zeitraum des Vorjahres eine Zunahme festzustellen?

18. Abgeordnete **Sabine Zimmermann** (DIE LINKE.)

Trifft es zu, dass die ARGEn (Rechtskreis des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch) statt einem Haushalt nur eine Bewirtschaftungsbefugnis von 45 Prozent erteilt bekommen haben, diese Mittel aber durch Verpflichtungsermächtigungen des Vorjahres abgedeckt sind und nicht für neue Maßnahmen zur Verfügung stehen, und wenn ja, wird dadurch der Vermittlungsauftrag der ARGEn gefährdet?

19. Abgeordnete
Sabine Zimmermann
(DIE LINKE.)

Was gedenkt die Bundesregierung zu unternehmen, um mit einer zeitnahen Budgetbereitstellung von 85 Prozent (per 15. Februar 2006) für einen größtmöglichen Mittelabfluss in diesem Jahr im Interesse der Erwerbslosen zu sorgen, und welche Maßnahmen beabsichtigt sie mittel- und langfristig zu ergreifen, damit in Zukunft eine rechtzeitige und kontinuierliche Bereitstellung der Finanzmittel gewährleistet ist?

20. Abgeordnete
Kornelia Möller
(DIE LINKE.)

Trifft es zu, dass die Bundesregierung keine Bemühungen unternimmt, um eine wirklich zeitnahe und damit den Realitäten entsprechende Berücksichtigung der Ergebnisse der Einkommens- und Verbrauchsstichproben (EVP) bei der Festlegung der Regelleistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts im Interesse der Betroffenen zu gewährleisten bzw. ein anderes Verfahren auf den Weg zu bringen, das diesem Anliegen gerecht wird, und wenn ja, warum?

21. Abgeordnete
Kornelia Möller
(DIE LINKE.)

Zu welchen Erkenntnissen ist die Bundesregierung bei der Prüfung des Urteils des Europäischen Gerichtshofs (EuGH) gekommen, wonach ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer (ab 52 Jahren) nicht ohne Einschränkungen immer wieder befristet beschäftigt werden dürfen, weil dies nach Auffassung des EuGH den Tatbestand der Diskriminierung erfüllt?

22. Abgeordnete
Brigitte Pothmer
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie gedenkt die Bundesregierung angesichts des neuerlichen Überschreitens der Grenze von 5 Millionen Arbeitslosen und der wesentlich ungünstigeren Entwicklung des Arbeitsmarkts als jahreszeitlich üblich eine grundsätzliche Trendumkehr am Arbeitsmarkt zu bewirken, insbesondere angesichts der Prognose eines unterhalb der Beschäftigungsschwelle liegenden Wachstums des Bruttoinlandsprodukts von 1,4 Prozent in diesem Jahr und von bis zu einem Prozentpunkt weniger im Jahr 2007 aufgrund der Mehrwertsteuererhöhung?

23. Abgeordnete
Irmingard Schewe-Gerigk
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Verbesserungen für die Beschäftigungsmöglichkeiten älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern sind angesichts der geplanten Erhöhung des Rentenalters auf 67 Jahre bis zum Jahr 2029 von der Bundesregierung vorgesehen?

24. Abgeordnete
Irmingard Schewe-Gerigk
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie sieht die Bundesregierung die Verlängerung der „58er-Regelung“ für ältere Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern angesichts der geplanten Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 67 Jahre und einer damit einhergehenden Notwendigkeit der besseren Integration älterer Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern in den Arbeitsmarkt?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

25. Abgeordneter
Dr. Norman Paech
(DIE LINKE.)

Stimmt die Bundesregierung mit US-Präsident George W. Bush darin überein, dass im Konflikt um das iranische Atomprogramm alle Optionen auf dem Tisch liegen und die letzte der Optionen die militärische Option ist (vgl. Interview mit CBS „Face the Nation“ vom 27. Januar 2006), und wenn ja, inwieweit ist die Bundesregierung bereit, die US-Regierung bei allen Optionen, einschließlich der von Präsident George W. Bush genannten militärischen, aktiv oder passiv zu unterstützen?

26. Abgeordneter
Dr. Norman Paech
(DIE LINKE.)

Stimmt die Bundesregierung mit der Einschätzung der US-Regierung überein, wonach Staaten auch deshalb nach dem Besitz von Atomwaffen streben, weil sie diese als das beste Mittel ansehen, um die konventionelle militärische Überlegenheit der USA zu überwinden (vgl. „National Security Strategy of the United States of America“ vom September 2002, S. 15), und wenn ja, welche Konsequenzen hat dies für die Nichtverbreitungspolitik der Bundesregierung im Rahmen des Atomwaffensperrvertrages?

27. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)

Wie gedenkt die Bundesregierung den Sonderermittler des Europarats, Dick Marty, bei seiner Aufklärungstätigkeit zu CIA-Gefangenenflügen über Europa, zur Existenz von geheimen Gefängnissen und Verschleppungen von Menschen weiter zu unterstützen?

28. Abgeordnete
Petra Pau
(DIE LINKE.)

Welche Informationen hat die Bundesregierung bisher für die Aufklärungsarbeit zur Verfügung gestellt?

29. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

Ist die Aussage der Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, beim Empfang des diplomatischen Corps – laut Meldung des „Handelsblatt“ vom 1. Februar 2006 –, dass „der Kampf gegen den Terrorismus den Einsatz aller politischer wirtschaftlicher und wenn nötig als Ultima Ratio auch militärischer Mittel verlangt – unter dem Dach, wenn immer möglich, der Vereinten Nationen“, so zu verstehen, dass ein gültiges Mandat der Vereinten Nationen für die Bundesregierung nicht mehr unabdingbar für eine Entscheidung über einen Militäreinsatz ist?

30. Abgeordneter **Wolfgang Gehrcke** (DIE LINKE.)

Sind diese Aussagen der Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, auch im Hinblick auf den Konflikt mit dem Iran zu verstehen, und bedeutet dies, dass die Bundesregierung den Einsatz militärischer Mittel als Ultima Ratio gegen den Iran erwägt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Justiz

31. Abgeordneter **Jerzy Montag** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Schlüsse zieht die Bundesregierung aus der jüngsten Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs (Az.: V ZR 134/05), wonach der Öffentlichkeit allgemein zugängliche Einrichtungen (z. B. Flughäfen), wenn sie in privatrechtlicher Form betrieben werden, nicht der Grundrechtsbindung unterfallen, so dass das Grundrecht der Versammlungsfreiheit dort nicht ausgeübt werden kann, sondern hinter dem Eigentumsrecht des Hausrechtsinhabers zurückstehen muss, und der Gefahr „faktischer Grundrechtsbeschränkung kraft Organisationsform“, und welchen gesetzgeberischen Handlungsbedarf sieht die Bundesregierung, um den Grundrechten auch in diesen de facto öffentlichen Räumen zur Durchsetzung zu verhelfen?

32. Abgeordneter **Hans-Michael Goldmann** (FDP)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Staatsanwaltschaft nicht dazu tätig sei, um Verbraucherschutz auszuüben (Augsburger Allgemeine online vom 27. Oktober 2005) und dass der Schutz des Verbrauchers nicht Aufgabe der Staatsanwaltschaft sei, dafür gäbe es andere Stellen (Münchener Merkur online vom 1. Februar 2006) vor dem Hintergrund des von der Bundesregierung anlässlich der Regierungserklärung am 30. November 2005

durch die Bundeskanzlerin, Dr. Angela Merkel, ausgegebenen Mottos der Bundesregierung für den Verbraucherschutz „Null Toleranz“?

33. Abgeordneter
Hans-Michael Goldmann
(FDP)

Haben die ermittelnden Behörden in Bayern nach Auffassung der Bundesregierung die rechtlichen Anforderungen des § 17 des Einführungsgesetzes zum Gerichtsverfassungsgesetz und der damit verbundenen Informationspflicht ermittelnder Behörden gegenüber den zuständigen Ministerien zum Schutz der Verbraucher vor möglichen Gefahren im Zusammenhang mit dem „Gammelfleisch- und Wildfleischskandal“ befolgt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

34. Abgeordneter
Lutz Heilmann
(DIE LINKE.)

Sind die laut „Lübecker Nachrichten“ vom 29. Januar 2006 in Schleswig-Holstein aufgetretenen Probleme mit der seit Monaten nicht erfolgenden Auszahlung des Kindergeldes an mindestens 1 500 Familien auch in anderen Bundesländern aufgetreten, und welche Maßnahmen plant die Bundesregierung, damit die Auszahlungsprobleme schnellstmöglich und nicht erst, wie von der Familienkasse in Schleswig-Holstein angekündigt, im Sommer behoben werden?

35. Abgeordneter
Hans Josef Fell
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Welche Stellen in den Bundesministerien für Finanzen, für Wirtschaft und Technologie sowie im Bundeskanzleramt werden von Mitarbeitern der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) besetzt?

36. Abgeordneter
Hans Josef Fell
(BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Geht die Bundesregierung weiterhin wie in ihrer Antwort auf Bundestagsdrucksache 15/3625 auf die Kleine Anfrage der Fraktion der CDU/CSU „Zukunft des ERP-Sondervermögens“ davon aus, dass eine Kernkapitalerhöhung der KfW nicht erforderlich ist, um weitere Platzhaltergeschäfte im Rahmen von Privatisierungen etwa der Deutschen Bahn AG absichern zu können?

37. Abgeordnete **Britta Haßelmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Kann die Bundesregierung bestätigen, dass Alleinverdienerehen durch das Ehegattensplitting und die Steuerprogression gegenüber Doppelverdienern und Alleinerziehenden bereits steuerliche Vorteile genießen, so dass zusätzliche Abzugsmöglichkeiten für Kinderbetreuung ihrer drei- bis sechsjährigen Kinder eine zusätzliche Bevorzugung darstellen?

38. Abgeordnete **Britta Haßelmann** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit geht die Bundesregierung davon aus, mit der Neuregelung der steuerlichen Abzugsfähigkeit von Kinderbetreuungskosten ihr ursprüngliches Ziel der Schaffung von Arbeitsplätzen in Privathaushalten erreichen zu können?

39. Abgeordnete **Ekin Deligöz** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Inwieweit beabsichtigt die Bundesregierung, diejenigen Familien finanziell zu entlasten, die aufgrund geringen Einkommens geringe oder keine Steuern zahlen und daher nicht von der geplanten Neuregelung zur steuerlichen Absetzbarkeit der Kinderbetreuungskosten profitieren?*)

40. Abgeordneter **Dr. Reinhard Loske** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ist die Bundesregierung der Meinung, dass Biodiesel mit 10 Cent pro Liter und reine Pflanzenöle ohne Anteil von Mineralölen mit 15 Cent über die Mineralölsteuer besteuert werden sollte?

41. Abgeordneter **Dr. Reinhard Loske** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wie bewertet die Bundesregierung die Besteuerung von Biodiesel und Pflanzenölen in Hinsicht auf die Planungssicherheit derjenigen Kraftstoffhersteller und Fahrzeughalter, die im Vertrauen auf die gesetzlich verankerte Steuerbefreiung bis zum Jahr 2009 in neue Techniken investiert haben?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

42. Abgeordnete **Eva Bulling-Schröter** (DIE LINKE.)

Wird der Bund in seiner Rolle als größter Anteilseigner der Deutschen Telekom AG über den Vertreter der Bundesregierung im Aufsichtsrat Einfluss auf die Telekom nehmen, um zu verhindern, dass bundesweit Call-Center-Standorte zentralisiert werden, was an vielen dann von Schließung bedrohten der-

*) Siehe hierzu auch Frage 4.

zeitigen Standorten vor allen Dingen Frauen und Teilzeitbeschäftigte in die Arbeitslosigkeit treiben wird?

43. Abgeordnete **Eva Bulling-Schröter** (DIE LINKE.)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, dass die Nutzung moderner Informations- und Kommunikationstechnik völlig ortsunabhängig und dezentral erledigt werden kann und darum die bestehende Call-Center-Struktur nicht zwingend aufgegeben werden muss?

44. Abgeordnete **Marina Schuster** (FDP)

Zu welchem Zeitpunkt wird die Bundesregierung die Richtlinie 2002/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Dezember 2002 über Versicherungsvermittlung umsetzen, und aus welchen Gründen erfolgte keine fristgerechte Umsetzung bis zum 15. Januar 2005?

45. Abgeordnete **Marina Schuster** (FDP)

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung ergriffen, um die durch die Nichtumsetzung der Richtlinie 2002/92/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. Dezember 2002 über Versicherungsvermittlung entstandene Rechtsunsicherheit bei Versicherungs- und Rückversicherungsvermittlern zu minimieren?

Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83-91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333